



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Kernkraftwerk Gundremmingen C: Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerkes durch Neubau sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich umgehend für den Rückbaustopp des bayerischen Kernkraftwerks (KKW) Gundremmingen C einzusetzen.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert, sich auf Landes- und Bundesebene für die Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Gundremmingen C finanziell, administrativ, sicherheitstechnisch und politisch einzusetzen.

Folgende Maßnahmen sollen, falls nötig, umgesetzt werden:

- Verhandlungen mit RWE Power AG (RWE Nuclear GmbH) und PreussenElektra GmbH
- ggf. gemeinsame Suche nach neuen Betreibern für das KKW Gundremmingen C
- ggf. Gründung eines staatlichen Betreiberunternehmens, falls kein privater Betreiber gefunden wird
- Integration der Wiederinbetriebnahme in den bayerischen „Masterplan Kernfusion“ und Förderung eines zusätzlichen Kernfusionsforschungsreaktors auf dem Gelände des Kernkraftwerks
- Erklärung der Gemeinde Gundremmingen zu einer Sonderwirtschaftszone (SZW) und zu einem „Reallabor“ mit der Option eines gesenkten kommunalen Gewerbesteuer-Hebesatzes, kompensiert durch Ausgleichszahlungen aus dem Bayerischen Staatshaushalt
- Einsatz auf Bundesebene für eine Änderung des Atomgesetzes, um die Wiederinbetriebnahme von Kernkraftwerken zu ermöglichen

Begründung:

Der Ausstieg aus der Kernkraft im Zuge der grünen Energiewende hat zu einer erheblichen Verteuerung und Verknappung der Energieversorgung in Bayern geführt. Seitdem Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wurde, ist Bayern von einem Nettostromexporteur im Jahr 2017 (0,5 TWh) zu einem Nettostromimporteur im Jahr 2024 (-21 TWh!) geworden. Im Jahr 2024 lag die Kapazitätslücke bereits bei 4,3 GW, was ein Drittel der Spitzenlast ausmacht (VBEW). Prognosen gehen davon aus, dass diese Lücke bis 2028 auf 6 GW steigen wird (vbw). Die unzureichende Stromversorgung gefährdet die Versorgungssicherheit und schwächt den Industriestandort Bayern.

Seit 2011 sind die Strompreise für die bayerische Industrie um ein Viertel von 14,4 auf 18 Cent pro kWh und für Haushalte um 60 Prozent von 25,3 auf 40 Cent pro kWh gestiegen (BDEW). Deutschland zählt mittlerweile zu den Ländern mit den weltweit höchsten Stromkosten (Global Petrol Prices). Diese Preissteigerungen belasten nicht nur Privathaushalte, sondern stellen auch einen massiven Wettbewerbsnachteil für die bayerische Wirtschaft dar.

Die AfD hat seit ihrer Gründung im Jahr 2013 die Kernkraft als zentrale Säule einer sicheren, kostengünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung gefordert. Im Landtag hat die AfD-Fraktion über 50 Anträge eingebracht, um Laufzeitverlängerungen, die Verhinderung des Rückbaus und die Wiederinbetriebnahme bayerischer Kernkraftwerke sowie die Förderung der heimischen Nuklearforschung zu erreichen.

Im Rahmen der Energiewende wurden die letzten beiden bayerischen Kernkraftwerke Gundremmingen C am 31. Dezember 2021 und Isar 2 am 15. April 2023 abgeschaltet, was die gesicherte Leistung in Bayern um 2,7 GW verringerte. Bedauerlicherweise sollen die Kühltürme von Gundremmingen C bereits am 25. Oktober 2025 gesprengt werden. Der eigentliche Rückbau des Reaktors und der Sicherheitstechnik würde jedoch erst ab 2026 stattfinden.

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz könnten den Rückbau des KKW Gundremmingen sofort stoppen. Solange der Kernreaktor nicht angeschnitten wurde, ist eine Wiederinbetriebnahme des KKW Gundremmingen C weiterhin möglich. Eine Studie der Radiant Energy Group (Mai 2025) zeigt, dass eine Wiederinbetriebnahme bis 2029 technisch umsetzbar und sicher ist.

Das KKW Gundremmingen C könnte nach seiner Reaktivierung eine gesicherte Leistung von 1,3 GW und eine jährliche Stromproduktion von 10,3 TWh liefern. Selbst bei höchstmöglichen Reaktivierungskosten von 3 Mrd. Euro, einer Leistung von 1,3 GW, einer Jahresauslastung von 90 Prozent – was für reaktivierte Kernkraftwerke üblich ist – und einer Laufzeitverlängerung von 20 Jahren würden die Stromgestehungskosten lediglich 1,5 Cent pro kWh betragen (Tech for Future).

Mögliche Staatsausgaben für die Reaktivierung des KKW Isar 2 können durch Einsparungen im Staatshaushalt gedeckt werden. So hatte die AfD-Fraktion im Landtag ein Einsparungspotenzial in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene identifiziert, insbesondere durch die Streichung der Falschausgaben für Energiewende, Klima, Asyl und Entwicklungshilfe.